Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 1

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Zwei Fragen von bedeutender Tragweite stehen zu Beginn des Jahres im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung: Die Frage nach der künftigen Bundesfinanzordnung und diejenige nach der künftigen Militärpolitik.

Ende des Jahres 1958 läuft die Frist der gegenwärtigen *Finanzübergangsordnung* ab. Bis dahin sollte die *definitive Regelung* unter Dach gebracht werden. Das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement hat nun kürzlich in den Grundzügen seinen Vorentwurf, der inzwischen auch die Zustimmung des Bundesrates fand, der Öffentlichkeit unterbreitet. Leider hat das Finanzdepartement unter dem Druck der Kapitalkreise auf die vorgesehene verfassungsmäßige Basis einer Übergewinn- oder Kriegsgewinnsteuer verzichtet und will nun auch wieder eine Befristung von Wehr- und Warenumsatzsteuer auf zwölf Jahre einführen. Auch der kompensationslose Verzicht auf die Ergänzungssteuer auf dem Vermögen muß größtes Bedenken erregen. Im übrigen halten die bundesrätlichen Richtlinien an der Parität von Wehrsteuer und Warenumsatzsteuer fest. Eine endgültige Würdigung des neuen Projektes wird erst nach Erscheinen der bundesrätlichen Botschaft möglich sein. Aber wenn auch schon an dem, was bekannt geworden ist, von sozialdemokratischer Seite entschiedene Vorbehalte anzubringen sind, so muß doch anerkannt werden, daß die Vorlage eine brauchbare Diskussionsgrundlage bildet. Ob sich daraus eine befriedigende Lösung entwickelt, ist freilich zu bezweifeln.

Denn schon jetzt stößt der freisinnige Finanzminister Streuli im Lager seiner eigenen Parteigänger mit seinen Vorschlägen auf heftigsten Widerstand. Die «Schweizerische Handelszeitung» spricht unverhohlen ihre bittere Enttäuschung aus und meint: «So geht es nicht, Herr Bundesrat!» In den Augen dieses Finanzblattes erscheint der bürgerliche Finanzchef als ein glatter Versager. Auch die Katholischkonservativen sind mit Herrn Streuli höchst unzufrieden, werfen ihm ideologische Abirrungen vor, bezeichnen den vierten Anlauf zur Neuordnung der Bundesfinanzen als bösen Fehlstart und brechen in die Klage aus: «Ein klassenbewußter sozialistischer Finanzminister hätte es nicht ‚besser' machen können.» («Neue Zürcher Nachrichten», 12. Dez.)

Dieses Echo ist insofern einigermaßen erstaunlich, als man nach den bisherigen Erfahrungen auch auf der Rechten endlich gemerkt haben sollte, daß eine definitive Finanzordnung nicht nach den einseitigen Kapitalinteressen ausgerichtet sein kann. Die Lösung des Finanzproblems setzt notgedrungen einen Kompromiß voraus und damit auch die Zustimmung der Arbeiterschaft. Gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften wird keine Finanzordnung

durchzubringen sein. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat denn auch rechtzeitig in einer Eingabe an das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement ihren Standpunkt zu dieser Frage dargelegt und dabei vor allem betont, daß sie jeden Versuch, die Deckung der Ausgaben ohne eine gerecht ausgestaltete direkte Bundessteuer auf Einkommen und Vermögen zustandezubringen, im Parlament und in der Volksabstimmung aufs entschiedendste bekämpfen werde. Die Aufhebung der direkten Bundessteuer, die von der bürgerlichen Rechten geplant ist, würde das bestehende Verhältnis zwischen direkter und indirekter Besteuerung im Bunde in einer Weise verschieben, die sowohl volkswirtschaftlich als sozial zu schwersten Bedenken Anlaß geben müßte. Wenn die bürgerlichen Parteien glauben, auf dieser Linie ihre Finanzordnung durchbringen zu können, so werden sie auf den kräftigsten sozialdemokratischen Widerstand stoßen. Eher würde sich die Sozialdemokratische Partei mit der Verlängerung der bisherigen Übergangsordnung abfinden, als zu einer solchen reaktionären Dauerlösung Hand bieten.

Eine beträchtliche Verwirrung herrscht auf dem Gebiete der *schweizerischen Militärpolitik.* Die Ereignisse in Ungarn veranlaßten das Eidgenössische Militärdepartement, Hals über Kopf den eidgenössischen Räten ein ziemlich liederlich vorbereitetes «Militärisches Sofortprogramm» vorzulegen, das, näher besehen, weder die Bezeichnung «sofort» noch diejenige eines «Programms» verdient. Der freisinnige Departementschef Chaudet hat denn auch bei der parlamentarischen Beratung seines Vorschlages keine schmeichelhaften Worte zu hören bekommen, und die Kritik wäre wohl noch schärfer ausgefallen, hätte das Parlament in diesem Augenblick schon Kenntnis gehabt vom Schmiergeldskandal, der inzwischen ruchbar geworden ist und der sich im Zusammenhang mit der Lieferung von Centurion-Panzern ereignet hat.

Die Affäre bereitet besonders der «Neuen Zürcher Zeitung», die sich in der Rolle der Wortführerin für große Panzeranschaffungen gefällt, beträchtliche Verlegenheit. Sie zeigt sich maßlos erbost über die Feststellungen sozialdemokratischer Blätter, daß das von freisinnigen Bundesräten geleitete Militärdepartement die Verantwortung für den Verzug beim Ausbau der Armee trägt. In der Tat hat das EMD in Sachen Verstärkung der Landesverteidigung durch Panzerabwehrwaffen, die seit 1951 gefordert wird, seine Pflicht vernachlässigt. Es hat wenig oder nichts unternommen, um die Abwehrkraft unserer Armee durch Vermehrung der Panzerabwehrwaffen, und zwar auch bei den Grenz- und Territorialtruppen, zu verstärken. Die hiefür zur Verfügung gestellten Kredite blieben unbenützt liegen. Dafür wurden weitere Panzer angeschafft, obwohl immer noch keine geeigneten Panzerübungsplätze vorhanden und auch die militärischen Benzinvorräte ungenügend sind.

Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, daß es in der obersten eidgenössischen Militärverwaltung und nicht zuletzt auch in der Kriegstech-

nischen Abteilung an einer fähigen Führung fehlt. Besondere Bedenken erweckt die Tatsache, daß das EMD noch immer ohne Gesamtplan arbeitet. Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der sogenannten statischen Landesverteidigung und den Verfechtern einer vorwiegend beweglichen Kriegführung gehen weiter, und noch vor kurzem erklärte der Chef des Militärdepartements, er brauche zwei Jahre, bis er wisse, wohin die Fahrt führen soll. Trotzdem wachsen die Kreditbegehren von Monat zu Monat an. Die Situation ist nachgerade grotesk, und das Parlament, das schon in der letzten Session seinem Unwillen über gewisse Eigenmächtigkeiten der «Büro-Obersten» zum Ausdruck gebracht hat, wird es kaum versäumen, bei der Militärdebatte in der kommenden Frühjahrssession mit aller Deutlichkeit sowohl über verschiedene Affären wie über den künftigen militärpolitischen Kurs restlose Aufklärung zu verlangen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz tritt für einen zeitgemäßen Ausbau der Landesverteidigung ein. Sie fordert jedoch, daß die erhöhten Rüstungskosten gleichzeitig auch durch eine stärkere Belastung der hohen Vermögen und der Konjunkturgewinne gedeckt werden und daß bei der Verteilung der Rüstungsaufträge eine ausreichende Kontrolle Platz greift, um unstatthafte Zwischengewinne und Schmierereien zu verhindern. Wir fordern endlich auch eine klare Gesamtkonzeption und wollen wissen, wohin die Fahrt geht. *P. S.*

Internationale Politik

Die Jahreswende stand im Zeichen der Bemühungen der Vereinten Nationen, die beiden Konflikte in Suez und Ungarn friedlich beizulegen.

Großbritannien, Frankreich und Israel ziehen ihre Truppen aus *Ägypten* zurück. Die Evakuierung der Suezkanalzone war vor Weihnachten beendigt, und die Räumungsarbeiten im Kanal, zur Ermöglichung der Durchfahrt, haben begonnen.

Die Zurückziehung der Truppen Israels aus dem Sinaigebiet geht nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Israel möchte für die Räumung gewisser Gebiete Bedingungen stellen und durch die Besetzung des Gazastreifens und die Beherrschung des Golfs von Akaba ein Pfand in der Hand behalten. Die erneute Tätigkeit der arabischen Mordkommandos gegen Israel ruft bei der israelischen Bevölkerung eine gerechtfertigte Beunruhigung hervor. Der siegreiche Feldzug gegen Ägypten scheint umsonst gewesen zu sein.

Die Vereinten Nationen haben deshalb die Pflicht, nicht nur die territoriale Integrität Ägyptens vor der militärischen Aggression und der Besetzung durch andere Mächte zu schützen, sondern vielmehr die politischen Probleme, die zu den Aggressionen geführt haben, gerecht zu lösen: in erster Linie das

Problem des Friedensvertrages zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Die Regierung Israels hat erneut ihre Bereitwilligkeit erklärt, ohne Vorbedingungen an einer Friedenskonferenz mit den arabischen Nachbarn teilzunehmen. Ferner müssen die Vereinten Nationen eine neue internationale Konvention über die freie Durchfahrt durch den Suezkanal ausarbeiten. Diese Konvention soll die Souveränität Ägyptens über den Kanal sowie dessen Nationalisierung anerkennen und schützen, die freie Durchfahrt aber für alle Nationen, einschließlich Israel, gewährleisten. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, ist bemüht, eine solche Lösung zustande zu bringen.

Die feindliche Einstellung der arabischen Staaten gegen Frankreich und England wegen deren Angriffes auf Ägypten hat die Sowjetunion ermuntert, ihre Bemühungen zur Infiltration des Nahen Ostens und Nordafrikas zu verstärken. Die Vereinigten Staaten, die im Nahen Osten gewaltige Ölinteressen besitzen, konnten diesem Kampf zwischen den westeuropäischen und den russischen Imperialisten zur Beherrschung des Nahen Ostens nicht passiv zusehen. Eisenhower hat sich in den Konflikt eingemischt mit einem wirtschaftlichen und militärischen Hilfsprogramm und mit einer eindeutigen Warnung an die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten würden jeden Angriff der Russen in diesen Gebieten mit Waffengewalt beantworten.

Die Vereinigten Staaten versuchen also, anstelle der durch ihre Kolonialpolitik diskreditierten Engländer und Franzosen in diesen strategisch entscheidenden Gebieten den maßgebenden Einfluß zu erobern. Inzwischen haben sich die Deutschen für den Bau des Staudammes von Assuan in Ägypten interessiert. Eine neue Macht mischt sich — vorderhand wirtschaftlich — in diesem Gebiet ein.

Das Debakel der französisch-englisch-israelischen Intervention in Ägypten hat den Sturz von Premierminister Eden nach sich gezogen. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses kriegerischen Abenteuers werden noch lange Zeit die internationale Lage und die Politik der einzelnen Staaten beherrschen.

In *Ungarn* hat die Regierung der Sowjetunion die Beschlüsse der Vereinten Nationen gänzlich mißachtet und, mit Hilfe einer von ihr eingesetzten Marionettenregierung, durch die schweren Waffen der Roten Armee den Arbeiteraufstand für den Augenblick unterdrückt. Die Quislingregierung Kadar versuchte mit vielen schönen Versprechungen, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben zu veranlassen. Kadar hielt indessen diese Versprechungen nicht, sondern löste die Arbeiterräte auf, verhaftete ihre aktivsten Mitglieder, kürzte die Löhne um 25 Prozent von 800 auf 600 Forint, schaffte die Ferien ab und stellte Zehntausende von Arbeitern als Arbeitslose auf die Straße. In seinem Programm macht er dagegen große Konzessionen an die katholische Kirche, an die Bauern und an die Klein-

bourgeoisie der Städte. Er versucht, das Volk zu spalten und die Solidarität der Bauern mit den kämpfenden Arbeitern und Studenten zu zerstören. Dabei sieht man eindeutig, daß für die Russen und für Kadar die Arbeiterklasse der Hauptfeind geworden ist. Die neue herrschende Klasse der Bürokraten begünstigt die reaktionären Kreise, um freie Hand gegen die Arbeiterschaft zu haben.

Die Ereignisse in Ungarn haben die Stalinisten überall ermuntert, erneut mit Terror, Gewalt und Betrug ihre schwankenden Positionen zu festigen. Die Konferenz der Satellitenstaaten in Budapest — ohne Polen und Jugoslawien — sowie die Besprechungen der Führer der DDR in Moskau sind eindeutig gegen den Nationalkommunismus der Polen und Jugoslawen gerichtet. Polen ist militärisch eingekreist und immer noch von russischen Truppen besetzt. Wenn die allgemeinen Wahlen vom 20. Januar nicht eine innere Festigung der Politik Gomulkas bringen, erscheint eine militärische Intervention der Russen, ähnlich derjenigen in Ungarn, nicht ausgeschlossen.

Die Entstalinisierung hat nicht einmal ein ganzes Jahr gedauert. Die Politik der friedlichen Koexistenz, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der anderen Nationen und der verschiedenen Wege zum Sozialismus ist durch die russischen Tanks in Budapest gründlich vernichtet worden.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn, die Gärung in den Betrieben, an den Universitäten und sogar in den Armeen der Satellitenstaaten Osteuropas und der Sowjetunion selbst haben aber bewiesen, daß die Arbeiterklasse, und voran die Jugend, den Kampf aufgenommen hat für Freiheit und Sozialismus, welche die einzigen dauerhaften Grundlagen des Friedens bedeuten. Das ist das Positive. *J. H.-D.*